

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. November 1919, Nr. 462.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im X. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg, im XI. bis XIV. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. November 1919, Nr. 463.

Zur Holzaufbringung. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Iser einen Bericht über die Holzaufbringung, bei welchem er schliesslich zu folgenden Antrag kam. Auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 24. Oktober 1919 wird das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle VIII ermächtigt bei der Aufbringung des Brennholzes für die Kommune Wien in Sinne der Verordnung vom 25. August 1919 Verträge bezüglich Schlägerung, Erbringung, Transportes, Manipulation und Verteilung des Brennholzes in Rahmen der in Berichte angeführten Maximalpreisansätze in Einvernehmen mit dem Komitee zur Brennholzversorgung abzuschliessen.

An diesen Antrag knüpfte sich eine längere allgemeine Debatte über die Holznot und die Holzaufbringung.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) wies darauf hin, dass nach dem ihm zugekommenen Mitteilungen vor allem eine Ausgestaltung des städtischen Holzstelle notwendig sei. Es seien in der Holzstelle zu wenig Beamte, die Parteien müssten oft, wenn sich die erstere in Sitzungen befinden, stundenlang warten, es seien dies also Uebelstände, die unbedingt abgeschafft werden müssen. Des weiteren müsse angestrebt werden, dass die Holzbringung noch in letzter Stunde in ein System gebracht werde. Heute sei alles systemlos, es werde Holz systemlos freigegeben und ebenso systemlos beschlagnahmt. Redner gebe zu, dass es zur Durchführung dieser Dinge schon fast zu spät sei, aber schliesslich müssten sie doch im Interesse der Holzversorgung durchgeführt werden.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) betonte, dass man aus dem Berichte wohl die Einsetzung eines Komitees mit unbeschränkten Vollmachten entnehme, aber nicht auch erfahre, was in der Holznot vorgekehrt worden sei. So wie die Verhältnisse heute liegen, könnten sie nicht fortbestehen. Die Devastierung des Wald- und Berggürtels nehme ungeahnte Dimensionen an. Wenn die Leute, die sich selbst Holz schlägern, dieses für eigene Zwecke verwenden würden, so könnte in der heutigen Zeit dagegen nichts eingewendet werden. Aber ein Grossteil dieser Holzschläger treibe mit dem Holze Schleichhandel. Da wäre es nach Redners Meinung denn doch am Platze, dass man die betreffenden Regierungsstellen auf diese Uebelstände aufmerksam machen würde, dagegen ein schreiten.

Frau StR. Dr. Seitz (chr. soz.) meinte, dass in dieser Frage sehr energisch Massnahmen nach zweierlei Richtungen ergriffen werden müssen. Die eine dieser Massnahmen wäre die schärfste Ausnützung all jener Verfügungen, welche in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung herausgekommen seien. Man müsste beim Arbeitslosenamt in energischer Weise die Verwendung von arbeitslosen Arbeitern, die sich zu diesen Arbeiten eignen, verlangen. Man dürfe in dieser Beziehung selbst vor einem Zwange nicht zurück-schrecken. Der Arbeitslose, der sich für solche Arbeiten eigne, müsse die Arbeit annehmen, und es müsste in anderem Falle rücksichtslos mit der Einstellung der Arbeitslosenunterstützung vorgegangen werden. Für gute Unterkunft und für eine ausreichende Verköstigung sei am Lande draussen besser gesorgt als hier, so dass ein solcher Arbeitsloser zweifellos nur ein gutes Geschäft machen würde. Das zweite wäre die Herstellung eines besseren Verkehrs. Zu diesem Zwecke müsste energisch an das Verkehrsamt herangetreten werden. Die Holzbringung ziehe jedem anderen Verkehre vor und wenn auch einmal eine Woche hindurch der Personenverkehr eingeschränkt werden müsste, so müsse eben auch diese Massregel von der Bevölkerung in Kauf genommen werden.

StR. Josef Müller (chr. soz.) dachte, er habe von Holzhändlern gehört, dass es für diese leichter wäre Holz zu bringen, wenn die Preise desselben erhöht werden würden. Heute würden 24 Heller bezahlt und auf der anderen Seite komme ihm das Holz auf K 1.- zu stehen. Redner meinte, dass in dieser Richtung auch Wandel geschaffen werden müsse.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) hob hervor, dass die Redner der Minorität von falschen Voraussetzungen ausgingen. Siesprächen heute so wie die Dinge noch vor 7 Wochen gestanden seien. Seither hätten sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert. So könne heute beispielsweise kein Holz mehr um 24 Heller abgegeben werden, weil das Holz zu Gunsten der Gemeinde gesperrt sei und im Einvernehmen mit den Holzhändlern aufgebracht werde. Auch an sonsten seien in der Debatte viele Unrichtigkeiten vorgebracht worden. Was die Devastierungen anbelange so glaube Redner, dass man denselben in der nächsten Zeit vergeblich einen Widerstand entgegensetzen werde. Die Holznot sei eben so gross, dass man das Holz nehme, wo man es erhalten könne. Andererseits sei es allerdings auch dieses Versäumnis so rasch als möglich nachgeholt würde, denn es gehe nicht an, dass die Holzbringung weiter so desorganisiert vor sich gehe, wie es jetzt richtig, dass sich unter diesen Holzschlägern viele Schleichhändler befinden. Ein Beweis dafür sei, dass die Waageautomaten in Rütteldorf etc. vollgepfropft mit 20 Hellerstücken seien. Es bewiese dies, dass die Holzschläger gleich das Holz abwägen, um es verkaufen zu können. Es seien zwar zur Hintanhaltung dieser Devastationen verschiedene Massnahmen ergriffen worden, allein bisher ergebnislos. Redner resümierte nun folgendes: Was die Freigabe des Holzes betrifft, so existiere dieselbe nicht mehr, zu 24 Hellern werde überhaupt kein Holz mehr abgegeben, weil von dem Holzhandel alle Personen ausgeschaltet seien, mit Ausnahme der Groschändler. - Im übrigen möchte er erwähnen, dass, wenn in dieser Frage Versäumnisse vorgefallen seien, diese sich nicht die gegenwärtige Majorität habe zu Schulden kommen lassen. Eine halbwegs ausgiebige Versorgung Wiens mit Holz wäre nur möglich gewesen, wenn man schon im vorigen Winter und/oder verflorbenen Sommer alle notwendigen Vorkehrungen

getroffen hätte; jetzt 500.000 Haushaltungen mit Holz zu versorgen, sei einfach ein Ding der Unmöglichkeit

StR. Vangoin (chr. soz.) bemerkte, dass bei der Vorprache in Prag von Seite des Handelsministers Heidler darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass Böhmen Österreich von der Tschechoslowakoi jedes Quantum Holz haben könne. Die Tschechoslowakoi habe riesige Vorräte, so dass die Tschechen eigentlich in Verlegenheit seien, was sie mit den Holzmassen beginnen sollten. Die Wiener Deputation habe damals allerdings das Hauptgewicht auf die Bringung von Kohle gelegt, aber desseungeachtet möchte er erfahren, was in der angeedeuteten Beziehung bezüglich der Holzbringung vorgekehrt worden sei. Auf die Ausführungen des Stadtrates Schorsch möchte er erwidern, dass im vorigen Winter ohnehin ein Grossteil von Holz angekauft und geschlägert worden sei. Er verweise diesbezüglich auf Altenburg, auf den Tiergarten und auf Pressbaum. Jene Vorkehrungen, die heute notwendig seien, habe man im vorigen Winter jedoch noch nicht treffen können. Es wäre besser, wenn man solche Rekriminationen überhaupt unterlassen würde, weil die Majorität jetzt ja auch nicht in der Lage sei, Holz für den nächsten Winter aufzubringen.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) erwiderte auf die Ausführungen Schorsch er wolle mit keinen Rekriminationen kommen, trotzdem sei jedoch sicher, dass die heutige Holzaufbringung gänzlich unzulänglich und ein Skandal vor der ganzen Welt sei, nachdem wir solchen Holzreichtum haben und auch über genügend Arbeitkräfte verfügen würden, und dass wir trotzdem nicht imstande sind in vernünftiger und organisierter Form das Holz hereinzubringen. Es habe mit Recht ein Ausländer gesagt: Wenn diese Verhältnisse in Amerika wären, so hätte man schon längst Kolonnen von ein paar tausend Männer organisiert, die das Holz herangebracht hätten. Redner könne deshalb nur empfehlen, dass

StR. Breitner (Sozdem.) erwidert, dass es nicht Aufgabe der Majorität sein könne, den Christlichsozialen einen förmlichen Unterrichtskurs über alle jene Massnahmen zu erteilen, die in den letzten sieben Wochen erfolgt sind. Er stelle fest, dass eine ganze Reihe von Bemängelungen sich auf den Stand der Dinge vor dem 17. Oktober beziehen. Seither habe aber die Mehrheit Tag und Nacht gearbeitet, die Holzstelle wurde ausgestaltet und vergrössert, mit den Holzhändlern wurden Abmachungen getroffen, Lastenautos und Bazine wurde gesichert, mit den Staats- und Landesbehörden sind unausgesetzt Verhandlungen wegen Eindämmung der wilden Schlägerungen im Zuge. Festzustellen sei aber, und das ist das Entscheidende, dass es an und für sich ein Ding der Unmöglichkeit ist, in einer Zweimillionenstadt die Kohle durch Holz zu ersetzen. Da können überhaupt gar keine Verfügungen helfen, zumal die Heranbringung des Holzes aus etwas weiterer Entfernung sofort wieder an der Transportkrise scheitert. Insoweit aber überhaupt von Voraussetzungen in der Holzaufbringung gesprochen werden könne, so liegen die Unterlassungen ausschliesslich in der Zeit der christlichsozialen Verwaltung. Schon im Vorjahre war eine gewaltige Kohlennot und damals hätte eben schon Vorsorge getroffen werden müssen. Das ist nicht geschehen und darum mangelt jetzt das Holz. Es gibt eben in Niederösterreich keine berufsmässigen Holzschläger, wie in Steiermark und Tirol. Der Bauer schlägt nur in den Monaten, in denen er keine Feldarbeiten zu verrichten hat. Deshalb

war es auch ganz nutzlos, im Sommer und Herbst etwas erzielen zu wollen und es konnte auch nichts nennenswertes durchgesetzt werden. Was aber jetzt erst geschlägert wird, vielfach auch erst bei Schneefall heruntergebracht werden kann, das steht eben erst in einem viel späteren Zeitraum zur Verfügung. Sieben Wochen lang den Pflichten des Mandats sich entziehen, den Arbeiten und der Verantwortung fernbleiben, und dann ungetrübt von jeder ^{Sach-}Kenntnis, Kritik zu üben, ist eine höchst bequeme Sache. Die Sozialdemokraten legen indes gegen dieses leichtfertige Vorgehen schärfste Verwahrung ein.

StR. Sirotek (Tscheche) sagte, das Gros der „Freiwilligen Holzschläger“ seien keine Schleichhändler, es treibe die Not die Massen hinaus. Dagegen könne jetzt schwer etwas gemacht werden. Richtig sei, dass viele Versäumnisse vorgekommen seien. So hätte zweifellos das Holz, das Wien jetzt brauchen würde, schon im Winter geschlägert werden sollen, und da die Majorität erst im Mai d. J. zur Macht gekommen sei, so könne ihr daraus auch kein Vorwurf gemacht werden. Ferner teilte er mit, dass tatsächlich Holz in Hülle und Fülle in der Tschechoslowakei vorhanden sei. Doch könne man dasselbe mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten jetzt schwer bringen. Vielleicht sei es möglich Holz auf dem Wasserwege zuzuführen, wozu er die Anregung gebe.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) wies nochmals darauf hin, dass seiner Meinung nach die Holzstelle der Gemeinde unbedingt eine entsprechende Ausgestaltung erfahren müsse. Es sei dies eine Anregung, die er gebe und worauf er nach den Mitteilungen, die ihm geworden seien, das grösste Gewicht legen müsse.

Referent StR. Iser (chr. soz.) hob hervor, dass sich die Verhältnisse seit damals, wo die Minorität das letzte Mal hier gewesen sei, vielfach geändert hätten. Während der Zeit habe die Majorität intensiv in dieser Frage gearbeitet und alles mögliche vorgekehrt. Der Stadtrat, der Bürgermeister und alle mit der Sache befassten Aemter hätten unermüdet im Interesse der Bevölkerung die Frage der Holzbringung verfolgt und auch soweit es möglich gewesen sei, tatsächliches geschaffen. Leider sei es eben nicht möglich, eine Zweimillionenstadt so mir nichts dir nichts mit Holz zu versorgen. Man könne nicht soviel Holz hereinbringen, dass damit ein Kohlenersatz geschaffen werde. Was das ausländische Holz betrifft, von dem auch in Laufe der Debatte gesprochen worden sei, so seien eine beträchtliche Anzahl von Ländern für die Bringung gesperrt und aus den andern Ländern, die nicht gesperrt seien, werde eben tatsächlich nichts gebracht. Es sei aber auch sehr fraglich, ob mit ausländischem Holz eine Versorgung möglich sei, nachdem dessen Preise in Wien hoch seien. Was StR. Dr. Kienböck bezüglich der Amerikaner gesagt habe, so bezweifle Redner, dass die Amerikaner unter unseren Verhältnisse, die zu leisten imstande seien, weil es uns eben an allem mangelt. Wir hätten kein Holz, keine Kohle und auch nicht die Möglichkeit der Aufbringung, weil uns hierzu die Verkehrsmittel fehlen.

Bgm. Reumann: Es ist in der Tat so, dass wir in Bezug auf die Holzbeschaffung vor Verhältnissen stehen, welche in Wien noch nicht da gewesen sind. Es werden in der Tat förmliche Raubzüge nach Holz gemacht und es ist falsch, wenn gesagt wird, dass sich daran nur solche Personen beteiligen, welche das Holz für eigene Zwecke brauchen. Der Holzdiebstahl werde jetzt vielmehr gewerbmässig für Handelszwecke betrieben. Wir hätten einen bedeutend geringeren Schaden, wenn sich die Holzdiebstähle auf diejenigen Leute beschränken würden, welche Eigenbedarf nach Holz haben. Es war gerade dieser

Umstand kürzlich Gegenstand einer eingehenden Beratung, an welcher Vertreter der Staatsämter etc. teilgenommen haben. Es wurden zwei umfangreiche Berichte vorgelegt, in welchen dieses Treiben geschildert wurde. Ich selbst kann es aus eigener Anschauung bestätigen, es ist in der Tat so, dass heute alle Vorkehrungen gegen diesen Umfug zu schwach sind, dass von einem Schutze der Holzbestände solange keine Rede sein kann, als wir auf dem Standpunkte stehen, es dürfe von der Waffengewalt nicht Gebrauch gemacht werden, und ich muss sagen, es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn wir uns heifallem liessen zu sagen, es müsse Waffengewalt angewendet werden. Das ist unter den heutigen Verhältnissen absolut ausgeschlossen und kein vernünftiger Mensch kann daran nur im entferntesten denken. Wenn StR. Dr. Kienböck davon gesprochen hat, dass die Holzbringung als öffentlicher Skandal zu bezeichnen ist, so ist das sehr leicht gesagt, aber diesem Skandal zu begegnen, das ist eine Sache, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen - das sage ich unumwunden - gänzlich unmöglich ist. Wir befinden uns in einer Lage, welche wir im Augenblicke nicht ändern können und die schönsten Vorschläge der Minorität zerschellen daran, dass wir ^{nicht} jene Machtmittel anwenden können, welche zur Hintanhaltung der Verkommenisse notwendig wären. Dieses Umstandes muss sich auch endlich die Minorität bewusst werden. In einer Reihe von Sitzungen haben wir auch die Massnahmen besprochen, die den Vorschlägen des StR. Kienböck gleich kommen. Wir wollten ebenfalls an Stelle der Desorganisation eine Organisation setzen. Die Waldbesitzer haben sich bereit erklärt, dass sie eine gewisse Anzahl von Bäumen der Allgemeinheit zum Opfer bringen wollen. Diese Bäume hätten bezeichnet und dann von den „freiwilligen Schlägern“ geschlägert werden sollen. Ich bin aber überzeugt davon, dass die Durchführung dieses Vorschlages ganz unmöglich gewesen wäre, und dass die Holzdiebstähle deshalb sicher nicht auf ein bestimmtes Gebiet eingeschränkt worden wären. Auch wäre hierzu ein so grosses Aufgebot von Polizei, Landtschützswache und Gendarmerie etc. notwendig gewesen, das wir wahrscheinlich nicht aufgebracht hätten. Die Sache hätte uns überdies 2 Millionen gekostet. Das durchzuführen wäre also ganz bestimmt ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Die Leute hätten sich sicher auch nicht abhalten lassen, andere Bäume zu schlagen. Um das zu verhindern, wäre den Wachaufgehörten nichts anderes übrig geblieben, als mit Waffengewalt einzuschreiten und wenn wir dazu unsere Zustimmung gegeben hätten, so wäre es zur Anarchie und zur Revolution gekommen. Die Situation ist heute furchtbar ernst, ja vielleicht ^{erster} ernster als Sie glauben. Die Uebelstände, die sich jetzt ergeben, liegen nicht ⁱⁿ einem Organisationsfehler, sondern sie liegen in den unglücklichen Verhältnissen, in die wir durch den Krieg geraten sind. Wenn Sie glauben, dass durch Organisation in dieser Beziehung etwas geschaffen werden könnte, so täuschen Sie sich. Eine solche Organisation, wie sie notwendig wäre, können wir nicht schaffen, weil uns die Mittel hierzu fehlen. Es ist auch von uns gar nicht zu verlangen, dass wir diese Mittel haben sollten. Es herrscht auf allen Gebieten ein so furchtbarer Mangel, dem nicht abgeholfen werden kann und wenn es in der Tat hätte möglich sein sollen eine solche Organisation, wie sie verlangt wird, zu schaffen, so hätte dieselbe ihre Wurzel tatsächlich schon in früheren Zeiten haben müssen. Das soll keine Kritik sein, sondern ich konstatiere damit nur eine Tatsache. Ich will damit gar nichts anderes erreichen, als das die

oberflächliche Rederei über die Bringungsmöglichkeit von Holz endlich einmal aufhöre; denn wir verschlimmern ja nur unsere Situation, wenn wir immer und immer wieder auf die Unfähigkeit und dgl. hinweisen, wo in der Tat alles vorgekehrt worden ist, was eben vorgekehrt werden konnte.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) konstatierte mit Befriedigung, dass der Bürgermeister darüber Mitteilungen gemacht habe, was alles in dieser Frage vorgekehrt worden sei, womit die Debatte wieder einen sachlichen Charakter angenommen habe. Es falle der Minorität nicht ein, faktische Opposition zu treiben und er hätte auch nicht die Anregungen gegeben, die er gemacht habe, wenn er nicht die Überzeugung hätte, dass durch die freiwillige Betätigung auf dem Gebiete der Holzschlägerung die ärgsten Uebelstände heraufbeschworen werden würden und es unangenehm notwendig sei, dass an Stelle dieser Desorganisation eine Organisation trete.

Hierauf wurde der Antrag des Referenten angenommen.

Die Kohlenversorgung. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über den Stand der Kohleneinfuhr in den letzten Tagen; erbatete, dass die Einfuhr sich andauernd auf einem niedrigen Stande halten. Dem Elektrizitätswerke blieben mit dem gestrigen Tage insgesamt Vorräte von 2230 Tonnen Kohle.

Er werde beim Staatssekretär Zerdik vorstellig werden, damit dem tschechischen Kohlenrevieren zum Transporte der Kohle nach Wien ^{eine} grössere Anzahl Waggons zur Verfügung gestellt werde.

Die Lebensmittelversorgung Wiens. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung, dass für den heutigen Tag-Mehlzüge aus Mannheim in Wien erwartet werden. Auch aus Jugoslawien sei ein Zug mit 23 Waggons Mehl avisiert, vorgestern seien noch 3500 Tonnen Mehl für die volle Brot- und Mehlquote der nächsten Woche unbedeckt gewesen.

Die Dienstjubiläum. Hauptkassen-Ober-Kontrollor Karl Muck feierte heute sein 40jähriges Dienstjubiläum und wurde aus diesem Anlass von der Direktion und den Kollegen, bei denen er sich der grössten Beliebtheit erfreut, auf das herzlichste beglückwünscht.

Arbeiterratewahlen im Rathause. Da in der Öffentlichkeit die Vorgänge bei den Arbeiterratewahlen im Rathause übertrieben wurden, fühlt sich der Verband der städtischen Angestellten verpflichtet, diese Darstellung auf das Mass des Wahren zurückzuführen. Der Mann, in welchem die Wahlen vorgenommen wurden fasst höchstens 150 Personen und war bei Beginn der Wahlhandlung bereits von den Gegnern dieser Wahlen besetzt. Dadurch verzögerte sich die Vornahme der Wahlhandlung, die jedoch glatt vonstatten ging, nachdem der Führer dieser Gruppe Dr. Gächlart, seine Erklärung abgegeben und sich mit seiner Anhängerschaft entfernt hatte. Der Verband stellt fest, dass der Genannte nicht ^{be-}resichtigt war, namens der städtischen Beamtenschaft irgendwelche Erklärung abzugeben, insbesondere nicht eine Erklärung, die in Geiste ^{eines} bereits überwundenen Standpunktes wiederum einen Keil in die Masse der städtischen Angestellten zu treiben geeignet ist. Bei dem Umstande, als die im Rathause und im Neuen Amtshause beschäftigten Angestellten 2400 beträgt, sind die aus der er-

wähnten Protestaktion in einem Teile der Presse auf das Verhalten der städti-
schen Angestellten gezogenen Schlüsse unrichtig.

Die Anforderung des Sekretariates der christlichen Bäckerarbeiter. StR. Josef
Müller stellte im Stadtrate folgende Anfrage: Der Verband christlicher Bäcker-
arbeiter hat seit 17 Jahren im Hause XVII., Ottakringerstrasse 16 seinen
Sitz und benützt zwei Räume als Sekretariat. In dem Sekretariate befindet
sich die Arbeitsvermittlung, welche auch staatlich subventioniert wird. Wei-
ters werden sämtliche Arbeiten für das arbeitsstatistische Amt, über die Ar-
beitsvermittlung, an die Ausgleichsstelle für Arbeitsvermittlung in Wien Aus-
weise angefertigt. Auch arbeitslose, christliche Bäckergehilfen und kranke
Mitglieder, sowie Witwen und Waisen nach gefallenen und verstorbenen Mit-
gliedern werden in diesem Sekretariate unterstützt. Obwohl derzeit eine rege
Tätigkeit herrscht, wurde es durch den Arbeiterrat der Wohnungsaufnahmekom-
mission angefordert. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, so-
fort das Nötige zu veranlassen, dass diese ungesetzliche Anforderung sofort
rückgängig gemacht wird.

WIENNER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Mitwoch den 26. November 1919. Abendausgabe.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Herr Bgm. Reumann ersucht von der Veröffentlichung des heutigen Berichtes aus dem Stadtrate „Die Holzaufbringung“ aus der 2. Ausgabe der Korrespondenz Abstand zu nehmen.

Die Schriftleitung.

Die Holzaufbringung. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Iser über die Holzaufbringung der Gemeinde. An den Bericht knüpfte sich eine eingehende und längere Debatte, an der sich ~~StR.~~ Bgm. Reumann, die StR. Schorsch, Breiter, Dr. Kienböck, Hummelhardt, Dr. Alma Seitz, Josef Müller, Vaugoin und Sirotek beteiligten. Insbesondere wurde die Verschleppung des Holzes und die Massnahmen besprochen, die in der Holzaufbringung noch weiter zu ergreifen wären. Der Antrag des Referenten: Auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 24. Oktober wird das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle VIII, ermächtigt, bei der Aufbringung des Brennholzes für die Kommune Wien im Sinne der Verordnung vom 25. August 1919 Verträge bezüglich Schlägerung, Bringung, Transport, Manipulation und Verteilung des Brennholzes im Rahmen der im Berichte angeführten Maximalpreissätze im Einvernehmen mit dem Komitee zur Brennholzversorgung abzuschliessen, angenommen.

Keine Aenderung in den Wohnungserhebungen. Der gestern veröffentlichte Bericht des Wohnungsamtes hat in einzelnen Blättern eine Auslegung erfahren, die weit weniger den Tatsachen als dem parteipolitischen Interesse entspricht, als völlig ergebnislos gebliebene Absenz der christlichsozialen Gemeinderatsfraktion zu bemängeln. In jener Frage, die zum Exodus geführt hat, nämlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Wohnungsaufnahme tritt auch nicht die allergeringste Aenderung ein. Was die Beendigung der Arbeit betrifft, so war von vornherein die

für der 11. Dezember in Aussicht genommen und es wird die Einhaltung dieses Termines schon deswegen betrieben werden, um den Obdachlosen noch vor völligem Hineinbrechen des Winters Unterkunft zu verschaffen. Sollte aber dennoch die Aufnahme bis dahin nicht beendet sein, bedeutet dies natürlich keineswegs, dass nun einfach die Begehung des Restes unterbleibt. Das wäre ein ganz sinnwidriges Zufallsspiel, weshalb schon heute festgestellt sei, dass tatsächlich die Aktion restlos zur Durchführung gelangen wird. Ebenso ist die Annahme durchaus irrig, dass das Besichtigungsrecht der Kommissionen irgendeine Einschränkung erfahren hat. Die Kommissionen hatten bisher keineswegs die Pflicht, jede einzelne Wohnung zu begehen; sie haben diesbezüglich vielmehr ganz nach ihrem eigenen Ermessen gehandelt und Wohnungen in allen jenen Fällen besichtigt, in denen die Ueberzeugung vorlag, dass ein die Anforderbarkeit begründender Tatbestand ~~vorliege~~ vorliege. Daran hat sich gar nichts geändert. Der Bürgermeister hat heute das Wohnungsamt beauftragt, die Kommissionen neuerlich dahin zu instruieren, dass sie nach wie vor das uneingeschränkte Recht haben, jedwede Wohnung gleichgiltig ob Klein- oder Grosswohnung, zu besichtigen und sich hierbei nur von ihrer Ueberzeugung bezüglich der Zweckdienlichkeit leiten zu lassen. Wenn bisher bei jenen ganz vereinzelt unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Mietpartei und Kommission milde verfahren wurde, so ist die Beibehaltung dieser Praxis künftig gerade deswegen fast unmöglich, weil die Veröffentlichung, dass Nachsicht geübt wurde, als förmliches Privileg zur Widersetzlichkeit ausgelegt werden kann. Angesichts der ungeheuren Wohnungsnot und der dadurch hervorgerufenen grossen Unruhe, was den bisherigen, so erfolgreichen Gang der Aktion stören könnte.

Stockholm für Wien. Heute erschienen Konsul Olofson und Direktor Per Holmgren bei Vizebürgermeister Winter, um ihm mitzuteilen, dass die Stadtgemeinde Stockholm ihre Kriegsvorräte zur Gänze für Deutschösterreich zur Verfügung gestellt hat, mit dem Wunsche, dass der grösste Teil davon der Stadt Wien überwiesen wird. Die Stadt Wien wird für ihre Fürsorgeanstalten und zur Verteilung an sonstige bedürftige Einrichtungen aus dieser Stockholmer Spende 50.000 kg Himbeermarmelade, 20.000 kg gemischte Marmelade, 50.000 kg gesalzene Schnittbohnen, 20.000 kg gutgestüßtes Apfelkompott, 10.000 kg gemischtes Kompott, 10.000 kg Heidelbeersaft und 500 Flaschen konservierten Rahm. Die Verteilung dieser Liebesgaben, die demnächst von Stockholm abgehen werden, ist in Wien einem schwedischen Komitee vorbehalten, in dem auch die anderen schwedischen Aktionen zusammenwirken werden. VB. Winter bat die Herrn, die sich bisher schon in ganz hervorragender Weise in den Dienst der schwedischen Aktion für das Wiener Kind gestellt haben, der Stadt Stockholm vorläufig den Dank der Stadt Wien zu übermitteln und bat gleichzeitig, mit den gleichen Umgebung für das hungrige und frierende Wien zu wirken. Bgm. Reumann hat an die Stadtvertretung Stockholm ein Danktelegramm gerichtet.

Der Magistrat ersucht um Einschaltung nachstehender Notiz.

= = = = =

Neuanlage der Rindfleischkundenliste. Den Verhältnissen Rechnung tragend hat der Magistrat die Frist zur Abgabe der angeordneten Anlage der Kundenliste für das Rindfleischverkäuferbis 31. Dezember 1919 verlängert und gleichzeitig verfügt, dass an Stelle des Abschnittes „K“ des Rindfleisch-Einkaufsscheines der Abschnitt „L“ in die Kundenliste einzukleben ist. Es wird neuerdings betont, dass nur solche Kunden von dem Rindfleischverkäufer eingetragen werden dürfen, die das Rindfleisch schon auf Grund der bisherigen Kundenliste bei seiner Rindfleischverkaufsstelle beziehen und auf deren Einkaufsschein für Rindfleisch diese Verkaufsstelle bereits eingetragen ist. Eine Änderung der bisherigen Einkaufsstelle durch den Inhaber des Einkaufsscheines sowie eine Aufnahme von Kunden, deren Einkaufsschein für Rindfleisch eine andere Verkaufsstelle aufweist, ist verboten.